

Öffentliche Sitzung

Auszug aus der Niederschrift der 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Demografie, Integration und Inklusion des Rates der Stadt Meckenheim vom 24.04.2024

7	Sachstand Weiterentwicklung AG Migration	I/2024/1479
---	--	-------------

Herr Wirtz gibt einleitend einen kurzen Einblick aus der vergangenen Sitzung des Ausschusses im November.

Die Einrichtung der AG Migration wird von der Verwaltung als sehr wichtig erachtet. Es ist angedacht, die Ausrichtung zu verändern. Die Verwaltung beabsichtigt, mit der Vorsitzenden der AG das Gespräch zu suchen, um die Arbeit der AG Migration praxisorientierter an die zugewanderten Flüchtlinge heranzuführen.

Nachfolgend stellt Frau Kroeger für die CDU einen mündlichen Antrag. Dieser lautet wie folgt:

„Die Verwaltung wird beauftragt die AG Migration und Integration im Sinne eines Wirksamkeitsdialogs zu überprüfen und dem Rat einen Vorschlag für die Überarbeitung des Konzepts vorzulegen.

Der Vorschlag sollte möglichst bis zur Sommerpause 2024 erarbeitet werden. Die aktuelle Ist-Situation der neu zuwandernden Menschen in Meckenheim und deren Bedürfnisse sollte fokussiert Berücksichtigung finden.

Aus dem Bericht der letzten Sitzung und Entwicklung der Flüchtlingssituation in Meckenheim hat sich gezeigt, dass eine Umstrukturierung, eine Vernetzung der im Bereich tätigen Wohlfahrtsverbände zum Ziel haben sollte und das Gremium als Facharbeitskreis tagen sollte.

Dazu sollte je ein Vertreter des

- Diakonischen Werkes Bonn, Bad Godesberg-Voreifel,
- ein Vertreter des katholischen Jugendwerkes Rhein-Sieg e.V.,
- ein Vertreter der weiterführenden Schulen in Meckenheim,
- der Integrationsbeauftragte und der Jugendhilfeplaner der Stadt Meckenheim

ständiges Mitglied in der AG Migration sein, darüber hinaus könnten Vereinsvertreter mit besonderem Bezug zur Integration eingebunden werden.

Ob und wie im Rat vertretene Fraktionen als Mitglieder gesetzt werden, ist zu prüfen, da eine Vernetzung hier über den Fachausschuss erfolgen kann. Dem Ausschuss gegenüber ist eine Berichtspflicht festzulegen.

Die Geschäftsführung sollte dem Fachbereich Soziales obliegen“

Aufgrund des sehr ausführlichen, mündlichen Antrags wird dieser zu Protokoll genommen und die Punkte des Antrags in der Arbeitsgruppe diskutiert. Das Ergebnis wird dann dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschluss: einstimmig

Meckenheim, den 10.05.2024

Vanessa Grafen
Schriftführerin

